

So a Xöschoft - Diese Gesellschaft ist nicht meine Gesellschaft

Peter Fleissner

Ich weiß nicht, wie es Ihnen geht, wenn Sie die Zeitung aufschlagen, Nachrichten hören oder die ZIB sehen: Überall wimmelt es von Ungeheuerlichkeiten, die mich aufregen und wütend machen. Abfertigungen in Millionenhöhe für Firmenabwickler, Boni für Banker, die eine Bank ruiniert haben, 3,5 Mio. EURO für einen Rechtsanwalt, der die ÖBB berät, ein saftiges Beratungshonorar für einen ehemaligen Bundeskanzler, der diese Summe von der Hypo Bank auf Grund seines Insiderwissens erhalten hat. Wir erfahren aus den Medien, das Honorar von 60.000 Euro für Gusenbauer sei "kein großer Betrag, andere Ex-Politiker verlangen und erhalten wesentlich mehr." Eine weitere Geschichte, die einigen Staub aufwirbelt, handelt von einem selbsternannten Saubermann, der gefallenen Sonne Kärntens, bei dem man posthum ein Millionenkonto in der Schweiz vermutet – gespeist von Sadam Hussein.

Legale Illegalität

Diese widerlichen individuellen Machenschaften, sich selbst und den Begünstigten einen Vorteil auf Kosten anderer zu verschaffen, sind leider nur die Spitze des Eisbergs. Die Gesetze unseres Landes selbst machen die Pflicht der BürgerInnen zunichte, für die Erhaltung des Gemeinwesens ihren Beitrag zu leisten. Steuerhinterziehung ist ganz legal geworden, denken Sie an die abgeschaffte Erbschaftssteuer, an die Gruppenbesteuerung von Unternehmen mit weiteren Standorten im Ausland, die es erlaubt, die Einkommen dort zu versteuern, wo die Steuerlast am geringsten ist, oder an die (zu geringe) Besteuerung von Stiftungsvermögen. Die Gesetze erlauben es auch, Vermögen weitgehend unbesteuert zu lassen. Solche *legale Illegalität* hat ihre Folgen: Allein die Zahl der österreichischen Euro-Millionäre ist trotz Wirtschaftskrise um elf Prozent auf 68.900 Personen gestiegen (Vermögensreport 2009 der Liechtensteiner Investmentgesellschaft Valluga AG). Ihr addiertes Vermögen hat sich auf 210 Milliarden Euro vermehrt, was etwa 80 Prozent der Wirtschaftsleistung aller Österreicher in einem Jahr entspricht.

Zweierlei Maß

Demgegenüber ist rund eine Million Menschen in Österreich von Armut und sozialer Ausgrenzung betroffen. Andererseits wird bei einem Ladendiebstahl ein halbes Kind von einem Polizisten erschossen, der daraufhin bloß in den Innendienst versetzt wird. Alles das ist in Österreich ganz alltäglich geworden.

Während Minister Grasser erreichte, dass rund. 250.000 Euro für seine homepage als Spenden für den "Verein zur Förderung der New Economy" steuerfrei blieben, muss der Burgschauspieler Otto Tausig für Spenden, die Kindern in Entwicklungsländern zugutekommen, Steuer bezahlen.

Oder versuchen Sie einmal als kranke Arbeiterin, aber ohne österreichische Staatsbürgerschaft, nach 35 Jahren Arbeit in Österreich eine Invaliditätspension zu erhalten. Da hilft Ihnen keine Epilepsie, kein Blasenkrebs, kein Bandscheibenvorfall: Die Ärzte sagen, Sie sind durchaus vermittlungsfähig. Einen Job hat sie bisher nicht mehr angeboten erhalten – ein Glück für sie,

denn sie könnte ihn aus Gesundheitsgründen ohnehin nicht ausüben. Dieses Beispiel ist nicht erfunden. Es ist eine alltägliche Beobachtung, die Sie genauso wie ich selbst machen können. Stellen Sie sich diese Ungerechtigkeiten vor und vergleichen Sie sie bitte mit dem Grundsatz der österreichischen Bundesverfassung. In Artikel 1 heißt es: „Österreich ist eine demokratische Republik. Ihr Recht geht vom Volk aus.“ Das Volk dürften die Regierung und unsere Parlamentarier übersehen haben.

Die Kosten der Korruption

Österreich zählt zu einem der reichsten Länder der Erde. Gemessen am Brutto-Inlandsprodukt pro Kopf zu Kaufkraftparitäten liegen wir laut Internationalem Währungsfonds auf Platz 11. Der Reichtum liegt aber in den Händen einiger weniger: 10 Prozent der Bevölkerung besitzen rund 720 Milliarden Euro (das sind rund 60 Prozent des Gesamtvermögens). Es scheint aber, dass man es mit ehrlicher Arbeit schwerlich zu Wohlstand bringen kann. Selbst die neue Mindestsicherung in Österreich ist zum Leben zu wenig, zum Sterben zu viel: Sie liegt schon bei ihrer Einführung mit 1. September unter der offiziellen Armutsgrenze.

Der Bundespräsident sagt ganz richtig, dass es „manche gebe, die nie genug kriegen können und unser Gesellschaftssystem in Misskredit bringen“. Aber diese Personen sind nur Gipfel des gesetzlich gedeckten Filzes von Ungerechtigkeiten, Abwertungen und Ausgrenzungen, der das immer parasitärer gewordene kapitalistische System und seine staatlichen und parastaatlichen Organisationen insgesamt kennzeichnet. In diesem Rahmen passen sich die Menschen den eingebauten Spielregeln an und vergessen auf die Bedürfnisse der Anderen. Es scheint deshalb beinahe aussichtslos, auf einen anständigen Politiker zu treffen. Es kommen vor allem diese Personen in die höheren Ränge der Gesellschaft, die bewiesen haben, dass sie das Spiel und die Sprache der Mächtigen beherrschen. Wo Macht und Geld locken, gilt Menschlichkeit nicht mehr. Korruption wird zum Mittel, die eigene Stellung auszubauen.

Korruption ist nicht nur eine ethische Frage. Sie erzeugt auch ein Klima des Misstrauens und der Ohnmacht der StaatsbürgerInnen. Empirische Untersuchungen zeigen darüber hinaus, dass verstärkte Korruption mit geringerem Wirtschaftswachstum einhergeht. Ein Korruptionsindex, der von 1 (= höchste Korruption) bis 10 (= keine Korruption) läuft, wird international erhoben. Ein Rückgang des Index um eine Stufe verringert das Wachstum in OECD-Ländern um 1,25 Prozentpunkte. Für Österreich schätzt man ein Minus von 26 Mrd. Euro durch Korruption (das sind rund 10 Prozent des Brutto-Inlandsprodukts), die Korruptionstendenz ist seit 2005 steigend.

Entwicklung der Korruption und des Schadens aus der Korruption in Österreich (2004 bis 2010)¹

Jahr	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010 Prognose/ Annahme über Korruptionentwicklung
Schaden ¹⁾ in Mrd. Euro	22	21	22	24	23	25	26
CPI Korruptions- /Transparency Index (je höher, desto geringer die Korruption)	8,4	8,7	8,6	8,1	8,1	7,9	7,8
Rang von Österreich (je tiefer, desto besser)	13	10	11	13	12	16	-

¹⁾ Volkswirtschaftlicher Schaden (vermindertes BIP), der durch Korruption entsteht.
Quelle: CPI Transparency, Berlin, 2010 und eigene Berechnungen.

Doppelstrategie

„Wer bewacht die Wächter?“ Diese Frage des scharfzüngigen römischen Satirikers Juvenal stellt sich mit neuer Aktualität. Eine Lösung wird sich nur finden lassen, wenn die Transparenz fraglicher Geldflüsse gesetzlich erzwungen, Parteispenden offengelegt und Steueroasen trockengelegt werden. Die Kontrollrechte der Betriebsräte und Personalvertretungen sollten ausgeweitet werden. *Whistleblowers*, die die Öffentlichkeit über Korruption oder Amtsmissbrauch informieren, dürfen nicht als Nestbeschmutzer diffamiert, sondern müssen vor Verfolgung geschützt werden.

Anstatt Nägel mit Köpfen zu machen, wendet das offizielle Österreich eine geniale Doppelstrategie an. Der erste Zweig der Strategie lautet: Ein neues Gesetz gegen Korruption muss her. Der oberösterreichische Raiffeisenchef Ludwig Scharinger meinte, "das (alte) Gesetz widerspricht der österreichischen Gemütlichkeit". Vor allem die Wirtschaftskammer und Frau Rabl-Stadler von den Salzburger Festspielen drängten auf eine Änderung. Mit 1. September 2009 wurde das alte Anti-Korruptionsgesetz aufgehoben und durch ein neues ersetzt. Immerhin ist nun das „Anfüttern“ und Bestechen von Abgeordneten strafbar. Allerdings ist das neue Gesetz nach Meinung von Experten insgesamt zahlos ausgefallen. Der OECD Experte Mark Pieth sagte darüber: „Österreich befindet sich im schlechtesten Drittel aller Staaten, was Korruptionsbekämpfung betrifft... Es gibt eine Gruppe von Staaten, die wenig Enthusiasmus zeigt, Korruption zu bekämpfen, und in die Gruppe würde ich Österreich im Moment einreihen.“ Man muss es sich auf der Zunge zergehen lassen: nach dem alten Gesetz gab es keine einzige Verurteilung. Außerdem wurden sogenannte (vom alten Gesetz) *abhängige Verfahren* mit der Verabschiedung des neuen Gesetzes eingestellt. Der Kreis der Amtsträger, für die verschärfte Bestimmungen gelten, ist kleiner gemacht worden.

Die andere Seite der Doppelstrategie ist die anfangs September 2010 mit viel internationalem Gepräge abgehaltene Konferenz mit dem schönen Titel „Von der Vision zur Realität: Ein neuer und ganzheitlicher Ansatz der Korruptionsbekämpfung“. Diese Konferenz ist der Startschuss für die Gründung einer Internationalen Anti-Korruptions Akademie (IACA) in Laxenburg bei Wien. Sie wird von der Bundesregierung in enger Zusammenarbeit mit dem *United Nations Office on*

¹ <http://www.oekonomenstimme.org/artikel/2010/07/korruption-2010-zunahme-in-deutschland-und-oesterreich/>

Drugs and Crime (UNODC) und der Anti-Korruptionsbehörde OLAF der Europäischen Union ins Leben gerufen. In der internationalen Staatengemeinschaft zeigt sich Österreich damit als Saubermann. Unter dieser Voraussetzung kann Österreich umso leichter rufen: „Haltet den Dieb“ und auf das Ausland verweisen. Die Diebe im Inland werden sich weiterhin ins Fäustchen lachen.